

**2025/0787/100**

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke



**Antrag der Fraktion Die Linke: Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg: Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!**

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

**Anlage/n**

- 1 Resolution Stadtrat Bosch Okt. 2025 (öffentlich)

**Fraktion im Stadtrat  
Homburg**

Barbara Spaniol  
Vorsitzende

Homburg, 21.10.25

Herrn Oberbürgermeister  
Michael Forster  
Stadt Homburg  
Am Forum  
66424 Homburg

**Einbringung einer Resolution für die nächste Stadtratssitzung am 30.10.25**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gem. § 41 Abs. 1 KSVG beantrage ich im Namen der Fraktion Die Linke im Stadtrat Homburg die Aufnahme von folgendem Tagesordnungspunkt für die nächste Stadtratssitzung am 30.10.25:

**TOP: Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg:  
Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!**

Mit der Bitte um Berücksichtigung und mit freundlichen Grüßen

Barbara Spaniol - Fraktionsvorsitzende -

Anlage: Resolution

## **Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg**

Der Stadtrat der Kreis- und Universitätsstadt Homburg steht mit voller Solidarität hinter den Beschäftigten von BOSCH in Homburg mit ihren Familien und beschließt folgende Resolution:

### **Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!**

Die Entscheidung des BOSCH-Konzerns, beim Werk „BOSCH-West“ rund 1.250 Arbeitsplätze abzubauen, stellt einen dramatischen Einschnitt für die Region und insbesondere für die betroffenen Beschäftigten und ihre Angehörigen dar. Dieser geplante Abbau ist Ausdruck einer Unternehmenspolitik, die sich offenbar an reiner Profitmaximierung orientiert und soziale Verantwortung völlig außer Acht lässt. Die Beschäftigten, die mit ihrer täglichen Arbeit, ihrer Kompetenz und ihrer Motivation den Standort Homburg tragen, sollen nun für strategische Fehlentscheidungen und verpasste Investitionen in Zukunftstechnologien die Zeche begleichen.

Besonders schwer wiegt außerdem die Tatsache, dass diese Maßnahme nicht isoliert zu betrachten ist: Die bisherigen industriepolitischen Strategien von Bund und Land haben es versäumt, die strukturellen Herausforderungen rechtzeitig und konsequent anzugehen. Der Rückzug großer Unternehmen erfolgt in einem politischen Umfeld, das sich zwar oft als industriefreundlich inszeniert, aber keine tragfähige Perspektive für Transformation und Standortbindung entwickelt hat. Es wurde bisher versäumt, industrielle Wertschöpfung gemeinsam mit dem Mittelstand zu sichern, Abhängigkeiten von global agierenden Konzernen zu verringern und aktive Industriepolitik mit sozialem Anspruch wirklich umzusetzen.

Transformation darf nicht Arbeitsplatzabbau bedeuten, sondern muss Alternativen in neue zukunftsorientierte Produktbereichen aufzeigen - und zwar fair bezahlt, zu guten Bedingungen und mit öffentlichen Investitionen. BOSCH ist in der Pflicht, für Transparenz und Perspektiven bei der Neuausrichtung zu sorgen und die Belegschaft dabei mitzunehmen.

Der Stadtrat Homburg erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den Beschäftigten am Standort Homburg. Wir sagen klar: Menschen dürfen niemals als ein bloßer Kostenfaktor behandelt werden! Der Verlust der Arbeitsplätze hat gravierende soziale Folgen für ganze Familien und unsere gesamte Region. Die Forderungen der IG Metall nach Beschäftigungssicherheit, dem Erhalt von Ausbildungsplätzen, einem klaren Bekenntnis zum Standort Homburg und einer sozialverträglichen Transformation mit echter Mitbestimmung sind vollumfänglich zu unterstützen.

Ebenso spielen Industrie- oder Wirtschaftsdialoge auf regionaler Ebene mit den Handelnden vor Ort - mit der Politik, Betriebsräten und Gewerkschaften etc. - zur Sicherung der Arbeitsplätze eine große Rolle. Der Stadtrat Homburg war und ist immer wieder dazu bereit. Eine enge Kooperation mit der Transformationswerkstatt Saar der IG Metall ist unverzichtbar.

Eine verantwortungsvolle Industriepolitik muss Beschäftigte als Partner der Transformation begreifen. Diese wissen am besten, was sie produzieren können. Es braucht mehr Investitionen in die ökologische Modernisierung der Produktion, demokratische Mitbestimmung in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und klare, feste Regeln für soziale Absicherung im Wandel. Die notwendige sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie auf Gerechtigkeit, Sicherheit und Mitgestaltung basiert. Das Saarland braucht eine mutige Industriepolitik, die Arbeitsplätze erhält, Innovation fördert und die regionale Entwicklung langfristig sichert - auch am zweitgrößten Wirtschaftsstandort Homburg.

Der Stadtrat steht fest an der Seite der Belegschaften der BOSCH-Werke. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und der Zivilgesellschaft setzt er sich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Bosch in Homburg und für eine gerechte, sozial und ökologisch gestaltete Industriepolitik mit Zukunft im Saarland ein.

**BOSCH in Homburg muss bleiben!**